



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Raum- und Stadtentwicklung übermorgen

Bericht „Raumordnungsprognose 2020/2050“ liegt vor

In den letzten 25 Jahren wurde im BBR ein zukunftsgerichtetes Informationssystem, die Raumordnungsprognose (ROP), entwickelt. Als Erweiterung der Laufenden Raumbearbeitung, die sich ausschließlich der Vergangenheit widmet, wurde ein Gleichungssystem entworfen, mit dem die Trends ausgewählter Eckwerte der räumlichen Entwicklung der jeweils nächsten ca. 20 Jahre abzuschätzen sind. Der Hauptzweck dieser Prognosen ist die Beratung der Bundesregierung für ihre Aktivitäten in Politikbereichen mit einer räumlichen Dimension.

Aktuell wurde die neue Raumordnungsprognose 2020/2050 fertig gestellt und als Band 23 der BBR-Berichte veröffentlicht. Hinzu kommt eine CD-ROM, die zusätzliche Informationen in Form von Datentabellen, Abbildungen und Karten enthält. Die Eckdaten der Raumentwicklung betreffen die Demographie (Bevölkerung, private Haushalte), Teile des Arbeitsmarktes (Erwerbspersonen) und den Wohnungsmarkt. Die Ergebnisse verschaffen einen differenzierten Einblick in den demographischen Wandel und dessen räumliche Auswirkungen in wesentlichen Politikfeldern.

Die Bevölkerungsentwicklung wird geprägt von einem lang anhaltend niedrigen Fertilitätsniveau, von einer gleichmäßig ansteigenden Lebenserwartung, von einigermaßen stabilisierten Wanderungsmustern. Die aktuelle Bevölkerung nach Größe, innerer Zusammensetzung und räumlicher Verteilung bestimmt bereits in weiten Teilen die künftige Entwicklung. Der demographische Wandel mit den Komponenten Schrumpfung, Alterung, Internationalisierung und Singularisie-

rung zeigt räumliche Besonderheiten, die zu Anpassungsproblemen verschiedenster Art führen.

Das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen erfordert verschiedene Handlungsstrategien auf den einzelnen räumlichen Ebenen. Ähnliches gilt für die Alterung, die zwar überall auftritt, doch unterschiedliche Ursachen und Folgen haben kann. Internationale Zuwanderung wird vornehmlich in den Städten wirtschaftsdynamischer Agglomerationen vermehrte Integrationsleistungen erfordern. Die Komponenten des demographischen Wandels und deren Folgen zeigen ganz prägnante räumliche Muster. Die räumliche Dimension gewinnt daher an Bedeutung für politische Implikationen.

Immer mehr Menschen leben allein. Private Haushalte tragen mit ihrer tendenziellen Verkleinerung zum demographischen Wandel bei. Große Familien werden zur Randgruppe. Als Folge jahrzehntelanger Segregationsprozesse durch Wanderungen aus den Städten heraus sind sie häufiger im suburbanen Raum und den ländlichen Regionen vorzufinden. Die künftige Dynamik privater Haushalte verläuft entlang dem siedlungsstrukturellen Gefälle mit Schrumpfung oder Stagnation oder lediglich geringem Wachstum in den Städten, mit Wachstum im Umland und ländlichen Regionen ohne Strukturprobleme.

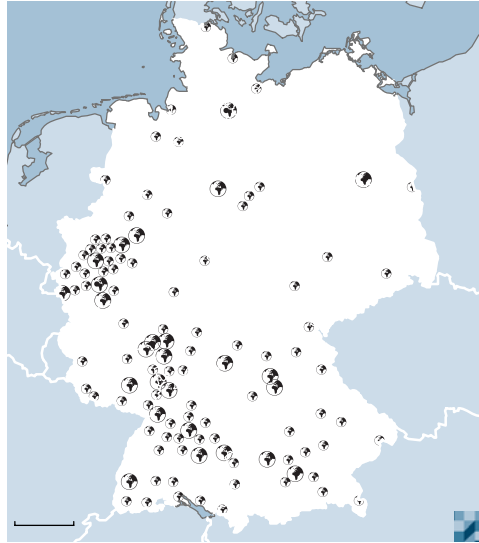
Der demographische Wandel erfasst auch den Arbeitsmarkt. Langfristig wird die aktive Bevölkerung abnehmen. Aktuell bedeutsamer ist die Alterung der Erwerbspersonen. In den nächsten Jahren werden die geburten-schwachen Jahrgänge des II. Weltkriegs aus









Inhalt

- Raumordnungsprognose 2020/2050
- Stadtbau in Großsiedlungen
- Zukunft städtischer Infrastruktur
- Regionale Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme
- Anbieterstrukturen im deutschen Wohnungsmarkt
- Stadtbau Ost
- Werkstatt-Stadt
- „Flächenrecycling in Stadtbaueregionen“
- Gute Beispiele zur Stablisierung der Wohnnebenkosten
- Freiraumschutz in der Regionalplanung
- Kostengünstige und qualitätsbewusste Entwicklung von Wohnungsobjekten im Bestand
- Gender Mainstreaming im Städtebau

Der demographische Wandel im Raum – eine Synthese

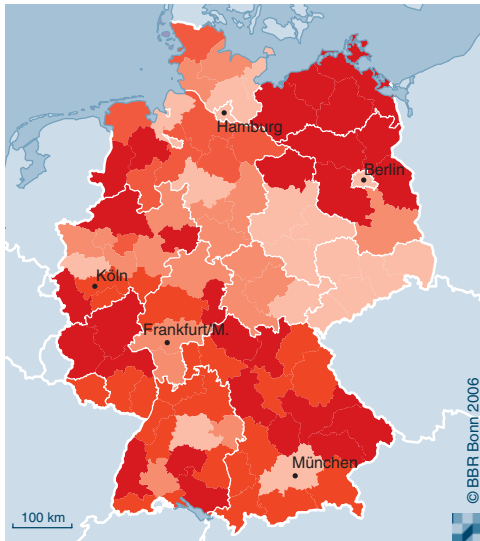


Ausprägung von Komponenten des demographischen Wandels

Bevölkerungsdynamik	Internationalisierung
 deutliche Abnahme	 stark
 deutliche Zunahme	 sehr stark
Alterung	
 starke Abnahme der Schulpflichtigen	
 starke Zunahme der Hochbetagten	



Künftige Dynamik der über 55-jährigen Erwerbspersonen

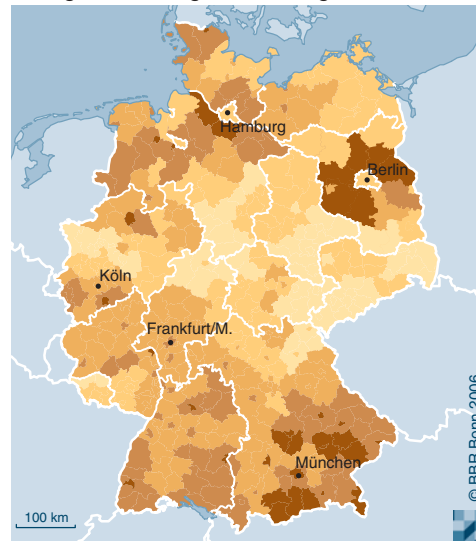


Veränderung der Zahl der 55-jährigen und älteren Erwerbspersonen 2002 bis 2020 in %

- bis unter 40
- 40 bis unter 55
- 55 bis unter 70
- 70 und mehr

Raumordnungsregionen, Stand 31.12.2001
Quelle: BBR-Erwerbspersonenprognose 2020

Künftige Entwicklung des Wohnungsneubaus



Durchschnittlicher jährlicher Neubau von Wohnungen insgesamt je 10 000 Einwohner 2005 bis 2020

- bis unter 15
- 15 bis unter 25
- 25 bis unter 35
- 35 bis unter 45
- 45 und mehr

Kreise, Stand 31.12.2001
Quelle: BBR-Wohnungsmarktprognose 2020

West-Gefälle: In den alten Ländern wächst die Nachfrage bis zum Jahr 2020 um 7 %, im Eigentum deutlich stärker als im Mietwohnungssektor. Das Wachstum betrifft alle Bauformen (Ein- und Zweifamilienhäuser wie auch Mehrfamilienhäuser), doch schwächt es sich insbesondere bei Ein- und Zweifamilienhäusern in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums stark ab, während die Nachfrage in Geschosswohnungen dagegen als vergleichsweise stabil gesehen wird. In den neuen Ländern wird kurz- bis mittelfristig nur noch geringe zusätzliche Nachfrage erwartet, ausschließlich im Eigentümersegment. Dem steht eine Schrumpfung bei den Mietern gegenüber, die zunächst noch überkompensiert wird. Nach 2010 ist der Rückgang der Nachfrage nach Mietwohnfläche jedoch so hoch, dass insgesamt mit einem leichten Rückgang zu rechnen ist.

Das nachfragegerechte jährliche Neubauergebnis beläuft sich in den Jahren 2006 bis 2020 bundesweit auf ca. 226 Tsd. Wohneinheiten. Anfangs kann mit ca. 300 Tsd. Neubauwohnungen p. a. gerechnet werden. Ab 2008 wird die 300-Tsd.-Marke deutlich unterschritten werden. Für die Jahre nach 2010 wird ein Neubau von ca. 200 Tsd. p. a. prognostiziert.

Mit der BBR-Wohnungsmarktprognose 2020 können erstmals Ergebnisse zum Neubaubedarf auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise ausgewiesen werden (s. Karte Neubau von Wohnungen insgesamt – Kreise). Dadurch ergibt sich ein Erkenntnisgewinn bezüglich der Verteilung der Nachfrage innerhalb der Wohnungsmärkte zwischen Kernstädten und Umland. Besonders auffällig sind die künftig weiterhin offensichtlichen Unterschiede der Dominanz von Geschosswohnungsnachfrage in Kernstädten und Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern in Umlandkreisen.

Die tatsächliche Neubaunachfrage wird sich zukünftig neben der quantitativen Entwicklung der Wohnflächennachfrage aus einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren ergeben, wie der Marktfähigkeit des Wohnungsbestandes und seiner Konkurrenz zum Neubau, der Teilmarktinkonkurrenzen (große/kleine Wohnungen, Altbau/Nachkriegsbau, Geschosswohnung/Freistehend etc.), der Investitionsstrategien der Wohnungsanbieter und der Nachfragepräferenzen der Haushalte. Die räumliche Vielfalt dieser Ursachen wird erhalten bleiben.

Kontakt:

Dr. Hansjörg Bucher
Claus Schlömer
Referat I 1
„Raumentwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 23 20
Tel.: 018 88 – 401 23 31
Fax: 018 88 – 401 23 66

Matthias Waltersbacher
Referat II 11
„Wohnungsmarkt-entwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 14 21
Fax: 018 88 – 401 12 19
E-Mail:
hansjoerg.bucher@bbr.bund.de
claus.schloemer@bbr.bund.de
matthias.waltersbacher@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 € (zzgl. Versand).

Stadtumbau in Großsiedlungen

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4.2006

Großsiedlungen sind ein Dauerthema, sowohl für die planerische Praxis wie für die reflektierenden Diskurse. Auf ihrem Höhepunkt als Gesamtkunstwerke gebaut, wurden sie bereits kurz nach ihrer Fertigstellung zum Gegenstand von Reperaturen. Seitdem wächst eine Kette von Nachbesserungswellen mit „Lösungen“, die „Probleme“ erzeugen, die wiederum neue „Lösungen“ erfordern. Weder die theoretische Auseinandersetzung noch die Entwicklung praktischer Werkzeuge ist nach jahrzehntelanger Beschäftigung erschöpft. Veränderte Rahmenbedingungen und die Entwicklung der sozialstrukturellen Zusammensetzung führen zu immer wieder neuen Situationen. Und diese stellen sich ganz unterschiedlich dar, je nachdem ob die Siedlung brachfallender Stadtteil einer Kleinstadt oder Baustein im dynamischen Umfeld einer Metropole ist, und weiter gedacht, ob es sich um ein Wohnquartier in Sofia oder eine Großsiedlung am Rande von Lyon handelt.

Die Debatte um die Siedlungen findet heute in einem gewandelten Kontext statt. Mit den städtischen Gesellschaften haben sich auch die Anforderungen an die Großsiedlungen verändert. Die in den 1980er und 90er Jahren entwickelten Instrumente eines stabili-

sierenden Umbaus werden auch weiterhin eingesetzt. Sie stellen aber nur noch einen Teil des Werkzeugkastens dar und werden durch die neuen tiefgreifenden Handlungserfordernisse relativiert, denn in Zeiten von schrumpfenden Städten steht plötzlich die Siedlungsform der Großwohnsiedlung als solche zur Disposition. Um einen vollständigen Abriss geht es allerdings in der Mehrzahl der Fälle gar nicht. Fast immer besteht die Aufgabe in einer Mischung aus Rückbau und Umbau. Und damit gleichzeitig um ein Weiterbauen der Siedlungen, um eine Neukonzeption.

Strategien für eine bessere Zukunft der Siedlungen zu finden, ist also eine schwierige und komplexe Aufgabenstellung, die nicht pauschal und vor allem nur zum Teil baulich gelöst werden kann. In allen Fällen geht es bei der Instrumentenwahl deshalb um eine geschickte Kombinatorik und zunächst vor allem um Reflektion und Diskurs statt um Aktionismus. Das Heft versammelt Beiträge aus diesem breiten Spektrum, von der theoretischen Reflexion der Geschichte der Siedlungen über eine Analyse der staatlichen Interventionen bis hin zu Beispielen für innovative planerische Aktivitäten vor Ort.



Kontakt:

Ricarda Ruland
Stephan Willinger
Referat II 3 „Baukultur,
Architektur, Städtebau“
Tel.: 018 88 – 401 23 01
Tel.: 018 88 – 401 12 75
Fax: 018 88 – 401 15 49
E-Mail:
ricarda.ruland@bbr.bund.de
stephan.willinger@bbr.bund.de

Der Colorado-Plan für Halle-Neustadt sieht die Perspektive dieser Siedlung in einer Ausdifferenzierung von Quartiersprofilen.

Bild: raumlabor_berlin

Zukunft städtischer Infrastruktur

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2006

Die Sicherung städtischer Infrastruktur stellt eine große Herausforderung dar, der sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wieder zunehmend stellen müssen!

Was uns Jahrzehnte nicht interessieren musste, weil Neubau und Wachstum die Szenerie prägten, wird zum Thema: Ver- und Entsorgungsleitungen kommen in die Jahre und müssen erneuert werden. Allerdings kann die öffentliche Hand die notwendigen Ersatzinvestitionen schon längst nicht mehr allein stemmen. Zugleich bleibt die Infrastrukturversorgung Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge, die man aus Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht schlicht privatisieren kann. In ostdeutschen Städten legt der Bevölkerungsrückgang den Finger in eine andere, noch schmerzlichere infrastrukturelle Wunde, die auch die alten Bundesländer erreichen kann: Starre technische Versorgungssysteme tendieren dazu, bei rückläufigen Nutzerzahlen die Verbliebenen mit den Gesamtkosten dann überdimensionierter Netze zu erdrücken. Zudem zeigt sich immer mehr, dass noch leistungsfähige und ökonomisch durchaus rentable Netze schlicht am falschen Platz liegen. Hinzu kommt ein Weiteres: Wer kann bei Investitionshorizonten von bis zu einhundert Jahren unter den Bedingungen des demographischen Wandels heute verlässlich sagen, wo welche Infrastrukturkapazitäten morgen und übermorgen benötigt werden? Auch die Ökonomen kommen gegenwärtig über Zustandsbeschreibungen kaum hinaus, wenn sie steigende Durchschnittskosten der Infrastrukturversorgung und Kostenremanenzen attestieren, aber sich erst daran gewöhnen müssen, dass die Rezepte von Privatisierung oder Nutzerfinanzierung in der aktuellen Situation nicht weiterhelfen. Eine effizienzorientierte Theorie für den Infrastrukturrückbau ist allenfalls in Ansätzen zu erkennen.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat in eigenen Analysen aber insbesondere durch die Ausgestaltung seiner Forschungsprogramme in den letzten Jahren wichtige Akzente gesetzt, um die virulenten Fragen zur Sicherung der städtischen Infrastruktur auf wissenschaftlicher und politischer Ebene besser beantworten zu können. Neben den Programmen Stadtumbau Ost und Stadtumbau West, die aus dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau

gewachsen sind, sind viele Forschungen in Auftrag gegeben worden, die sich der Sicherung städtischer Infrastrukturen unter den Bedingungen des wirtschaftsstrukturellen und des demographischen Wandels widmen. Neben praktischen Lösungsansätzen für die Stadtentwicklung sind endlich auch in Deutschland die infrastrukturellen Folgekosten ineffizienter Raumstrukturen im städtischen und stadt-regionalen Kontext in ersten Ansätzen empirisch diskutiert worden, so dass das international seit langem erörterte Phänomen des Urban Sprawl auch Eingang in die deutsche Diskussion gefunden hat.

Im Heft „Zukunft städtischer Infrastruktur“ der Informationen zur Raumentwicklung wird zur Einführung ein stadtökonomischer und stadtgeschichtlicher Problemaufriss präsentiert. Der Weg unserer Städte hin zur vernetzten Stadt war einer, der Wohlstand aber auch massive Abhängigkeiten von den Infrastrukturnetzen mit sich gebracht hat. Ohne moderne Infrastruktur ist unsere Zukunftsfähigkeit gefährdet, zu ihrer Sicherung bedarf es weiterer effizienzorientierter Lösungen.

Zudem werden jüngste Forschungsergebnisse und Lösungsoptionen vorgestellt. So werden im Kontext der Stadtumbau Diskussionen ökonomische Schwellenwerte bei der Rücknahme von technischer Infrastruktur analysiert. Bevölkerungsrückgang und geänderte Nachfragestrukturen stellen enorme Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit sozialer Infrastruktur. Auch hierzu werden aktuelle Arbeitsergebnisse aufgezeigt. Die Lösungspotenziale öffentlich-privater Partnerschaften bei der Sicherung städtischer technischer Infrastrukturen sind ein weiterer wichtiger Baustein dieses Heftes. Im abschließenden Beitrag wird der Bogen von der Flächennutzung zur Infrastrukturthematik geschlagen: Kann einer zunehmend ineffizienteren Raumstruktur in Deutschland durch die Umsetzung einer Flächenkreislaufwirtschaft entgegengewirkt werden, kann Flächenkreislaufwirtschaft zu einer Steigerung der Infrastruktur-Effizienz beitragen?

Die Zukunft der städtischen Infrastruktur muss mit noch größerer Bedeutung auf der Agenda von Forschung und Praxis erscheinen. Auch das ist ein Anliegen dieser Veröffentlichung.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag @bbr.bund.de zum Preis von 6,00 € (zzgl. Versand).

Kontakt:

Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 22 43
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
peter.jakubowski
@bbr.bund.de



Der IAB-Forschungsbericht 8/1006 ist zu finden unter:
[www.iab.de/download/IAB Forschungsbericht 2006](http://www.iab.de/download/IAB_Forschungsbericht_2006)

Die Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland

Die regionale Dimension der Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) kommt darin zum Ausdruck, dass Regionen, die mehr Beiträge erwirtschaften als Leistungen benötigen, jene Regionen finanziell unterstützen, die mehr Leistungen empfangen als Beiträge zahlen. Über Umfang und regionale Struktur des mittelbar über das System der Sozialversicherung bewirkten Ausgleichs ist wenig bekannt. Gleichwohl ist unstrittig, dass dieses System eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass strukturschwache Regionen über soziale Transfers aufgefangen werden. So begründen die sozialen Transfers in den Regionen Kaufkraft und kommen somit über Konsumausgaben auch der dortigen regionalen Wirtschaft zugute. Finanziert werden die Leistungen innerhalb dieser Systeme überwiegend von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Neben den Beitragseinnahmen stellen die Bundeszuschüsse an die Sozialversicherung eine bedeutende Einnahmequelle dar. Diese Zuschüsse finanzieren sich aus Steuermitteln, an deren Aufbringung sich die Regionen entsprechend ihrer Steuerzahlungsfähigkeit beteiligen.

Das IAB konnte die regionale Zurechnung bei nahezu allen Einnahmen und Ausgaben der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung erreichen. Die berechneten Einnahmen und Ausgaben haben eine bedeutende Umverteilungswirkung zwischen den Regionen zur Folge. So zählen bei der Arbeitslosenversicherung 2003 acht Länder zu den Geberländern mit einem regionalen Überschuss. Spitzenreiter ist Baden-Württemberg, wo der positive Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben je Einwohner 210 € beträgt. An zweiter Stelle folgt Hessen mit einem Überschuss von 143 € je Einwohner. Das Saarland steht mit einem Überschuss von zwei Euro je Einwohner an letzter Stelle in der Rangfolge der Geberländer. Bei den Empfängerregionen stehen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit je rund 750 € pro Einwohner an erster Stelle. Von den alten Ländern zählen Bremen und Schleswig-Holstein ebenfalls zu den Empfängerregionen.

Bei der Rentenversicherung gelingt es keinem Land, die Gesamtausgaben durch eigene Beitragseinnahmen im Versicherungssystem zu finanzieren. Eine Ursache hierfür

stellt der hohe Anteil an versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung dar, welche in den Ausgaben enthalten sind. Sie liefern gleichzeitig die Begründung für die steuerfinanzierten Zuschüsse des Bundes. Unter Einbeziehung der Bundeszuschüsse in die Gesamtdarstellung ergibt sich über die Rentenversicherung aufgrund der unterschiedlichen regionalen Verteilung von Einnahmen und Ausgaben ebenfalls eine erhebliche Einkommensumverteilung zwischen den Regionen.

Das Gutachten des IAB zeigt, dass die Machbarkeit der regionalen Zurechnung von der Komplexität der gesetzlichen Bestimmungen, der Organisation der Versicherung und dem Versichertenkreis bestimmt wird. Bei der Arbeitslosenversicherung stellen sich die genannten Punkte am einfachsten dar, während das System der Rentenversicherung auf der Einnahmenseite wesentlich komplexer ist. Zwar lassen sich auch hier die Beitragseinnahmen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gut regional darstellen, diese bilden jedoch nur ca. 60 % der gesamten Einnahmen. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus den Finanzbeziehungen zwischen den Trägern der Rentenversicherung. Für ca. 96 % der Ausgaben der Rentenversicherung liegen hingegen verlässliche regionale Verteilungsschlüssel vor.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung liegen die Hauptschwierigkeiten im Datenzugang und den verfügbaren Finanzdaten aus der Kassenstatistik. Da die offiziellen Finanzdaten der Krankenversicherung wenig differenziert veröffentlicht werden, konnte das IAB keinen Abgleich mit den geschätzten Beitragseinnahmen vornehmen.

Das vom IAB ermittelte Konzept zur Regionalisierung bildet eine gesicherte Grundlage zur Abbildung des regionalen Ausgleichs über die Sozialversicherungssysteme. Es ist im Gutachten umfassend dokumentiert und kann auf andere Zeiträume übertragen werden. Die im Gutachten veröffentlichten Zahlungsströme stellen den bisher umfassendsten Überblick über die regionale Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen der Sozialversicherung dar.

Das Gutachten liegt als IAB-Forschungsbericht 8/2006 auf der IAB-Website zum download vor.

Kontakt:

Kerstin Blos
 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 Tel.: 0911 – 179 44 32
 Fax: 0911 – 179 59 12
 E-Mail:
kerstin.blos@iab.de

Michael Zarth
 Referat I 4 „Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung“
 Tel.: 018 88 – 401 23 37
 Fax: 018 88 – 401 23 46
 E-Mail:
michael.zarth@bbr.bund.de

Veränderungen der Anbieterstrukturen im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen

Ende der 90er Jahre haben in Deutschland verstärkt Verkäufe von großen Wohnungsportfolios bzw. ganzen Wohnungsunternehmen eingesetzt. Die Jahre 2004 und 2005 stellen einen vorläufigen Höhepunkt in einer Serie von Großverkäufen dar, die erkennbare Auswirkungen auf die Anbieterstruktur auf dem deutschen Mietwohnungsmarkt haben.

Veränderungen der Anbieterstruktur hat es auf dem Mietwohnungsmarkt schon immer gegeben. Die in den letzten Jahren feststellbaren Veränderungen haben jedoch eine neue Qualität gewonnen, die sich durch die teilweise sehr großen Einzelverkäufe, den sprunghaft angestiegenen Umfang des Gesamtvolumens der Veräußerungen sowie durch die Art der Käufer und Verkäufer der Wohnimmobilienpakete auszeichnet. Verkäufer sind aktuell schwerpunktmäßig öffentliche Eigentümer und große Industrieunternehmen, als Käufer treten in jüngster Zeit verstärkt international agierende Investoren insbesondere aus dem angelsächsischen Raum auf.

Aufgrund der Aktualität und Dynamik des Themas und der beschränkten Markttransparenz existiert bisher kein systematischer Überblick über die Strukturen und die Auswirkungen der Eigentümerwechsel. Mit dem neuen Ressortforschungsvorhaben soll diese Erkenntnislücke geschlossen und grundlegende Informationen bereitgestellt werden. So sollen neben dem Überblick über die Strukturen größerer Transaktionen und die Auswirkungen auf Bestände, Bewohner sowie die regionalen Wohnungsmärkte auch die kommunalen Handlungsmöglichkeiten untersucht werden. Darüber hinaus ist das Ziel der Studie, ausgehend von den Ergebnissen der Analyse wohnungspolitische Implikationen aufzuzeigen und Handlungstheesen abzuleiten.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:

www.bbr.bund.de/ressortforschung/wohnungswesen/anbieterstruktur.html

Kontakt:

Karin Lorenz-Hennig
Christoph Zander
Referat II 13 „Wohnungswirtschaft, Kostensenkung, Förderung der Bauforschung“

Tel.: 018 88 – 401 15 27

Tel.: 018 88 – 401 15 85

Fax: 018 88 – 401 15 19

E-Mail:

karin.lorenz-hennig@bbr.bund.de

christoph.zander@bbr.bund.de

christoph.zander@bbr.bund.de

christoph.zander@bbr.bund.de

Statusbericht „Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven“

Im Jahr 2006 ist die Halbzeit des für den Zeitraum von 2002 bis 2009 aufgelegten Programms erreicht. Der vorliegende erste Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost will daher den bisher erreichten Stand der Programmumsetzung aufzeigen, positive Erfahrungen aus den Programmkommunen vorstellen, aber auch noch vorhandene Probleme und Hemmnisse in der Programmdurchführung ansprechen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf der Darstellung von Ansätzen für eine weitere Qualifizierung des Programmteils Aufwertung innerhalb des Stadtumbauprogramms.

Die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost wurde im Auftrag des BMVBS und des BBR im Januar 2004 beim Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) eingerichtet. Sie versteht sich als programmspezifisches Kompetenzzentrum und will als vermittelnde Instanz zur weiteren Qualifizierung des Stadtumbauprozesses beitragen.

Diesem Ziel dient auch der vorliegende Statusbericht. Er stellt u. a. die im Stadtumbau Ost geförderten Kommunen und Programmgebiete anhand ausgewählter statistischer und struktureller Merkmale vor und zieht eine erste Bilanz zu Stand und Strategien der Programmumsetzung. Eine Basis hierfür bildet das Monitoring zum Stadtumbau Ost, das qualitativ ergänzt wird durch die Darstellung „Guter Beispiele im Stadtumbauprozess“ und eine Bewertung der bisherigen Programmumsetzung.

Der Bericht ist zu beziehen beim:

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V.

Bundestransferstelle Stadtumbau Ost

Flakenstraße 28-31

15537 Erkner

E-Mail:

stadtumbauost-transfer@irs-net.de



Kontakt:

Silke Haack
Referat I 4 „Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung“

Tel.: 018 88 – 401 23 41

Fax: 018 88 – 401 23 46

E-Mail:

silke.haack@bbr.bund.de

silke.haack@bbr.bund.de



Werkstatt-Stadt

Fachtagung zu städtebaulichen Projektsammlungen im Internet

Das BBR hat am 1. März 2006 die Fachtagung „Werkstatt-Stadt – Gute Beispiele im Städtebau“ durchgeführt. In Bonn diskutierten Fachleute aus Planungspraxis und Forschung über Stand und Perspektiven städtebaulicher Projektsammlungen im Internet.

Zwei scheinbar konträre Einschätzungen kennzeichneten das Spannungsfeld. Die eine Position: In Zukunft werde das Internet für die Informationsvermittlung in der städtebaulichen Praxis an Bedeutung gewinnen. – Die andere Position: Eine wachsende Informationsfülle zur Stadtentwicklung im Internet berge die Gefahr einer Informationsüberfrachtung städtebaulicher Akteure.

Im Tagungsverlauf wurde zunächst skizziert, wie sich die laufende Projektbeobachtung in das breite Spektrum städtebaulicher Forschung und Politikberatung einfügen kann. Weiterhin zeigten vier Kurzberichte die Bandbreite bereits bestehender Projektsammlungen im Internet auf:

- www.werkstatt-stadt.de
- www.gute-beispiele.net
- www.sozialestadt.de
- www.stadtumbau-ost.info

Schließlich erörterten Verantwortliche aus der kommunalen Planungsverwaltung und Vertreter der Kommunalverbände Bedeutung und Anforderungen städtebaulicher Projektsammlungen.

Die Tagung war insgesamt sehr ergiebig. Sie hat zahlreiche konkrete Hinweise für eine praxisorientierte Qualitätsverbesserung internetbasierter Projektsammlungen erbracht. Darüber hinaus sind aus Veranstaltersicht einige grundsätzliche Schlüsse für die Zukunft von werkstatt-stadt.de zu ziehen.

Fazit 1: Qualität vor Quantität

Die städtebauliche Praxis verlangt nach strukturierten Informationsangeboten und zielorientierten Informationszugängen. Zugleich bietet die Summe existierender Projektsammlungen und Fachinformationen im Internet bereits einen großen Wissensfun-

us. Dieser wird zudem um diverse Informationsangebote in konventionellen Printmedien ergänzt. In diesem Zusammenhang ist die städtebauliche Projektsammlung werkstatt-stadt.de als ein Informationsbeitrag von vielen zu verstehen.

Darüber hinaus existieren weitere Online-Projektsammlungen, die weiterführende und ergänzende Informationswege erschließen. Vor diesem Hintergrund liegt eine stärkere inhaltliche Akzentuierung und Profilierung nahe. Dementsprechend wird das BBR bei der Weiterentwicklung von werkstatt-stadt.de den Informations- und Strukturqualitäten Vorrang vor der Quantität geben. In diesem Sinne werden wir uns künftig auf die qualitätsorientierte Pflege publizierter Beispiele und auf die Ergänzung um Projekte aus der städtebaulichen Forschung des BBR konzentrieren.

Fazit 2: Aufgabenteilung zwischen den Medien und Projektsammlungen

Die Existenz vielfältiger Informationsangebote auf dem Gebiet der Stadtentwicklung ermöglicht eine komplementäre Aufgabenteilung zwischen verschiedenen Medien ebenso wie zwischen verwandten Beispielsammlungen im Internet.

Ebenso wie zur Spezialisierung und Profilierung fordert die Medien- und Informationsvielfalt auch zur Vernetzung heraus. Dazu trägt das BBR u. a. mit Veranstaltungen und mit der Weiterentwicklung von werkstatt-stadt.de durch qualifizierte Projekte, Verweise und Verlinkungen bei.

Künftig wird es verstärkt um den Eintrag vorhandener Informationsangebote in übergreifende Netzwerke gehen. So werden Beiträge von werkstatt-stadt.de in das neue Wissensnetzwerk zur europäischen Stadtentwicklung EUKN (European Urban Knowledge Network) eingespeist. Zu diesem Informationsangebot werden wir ebenso einen engen Link entwickeln wie zu den auf der Fachtagung präsentierten Projektsammlungen.

Informationen und Gute Beispiele zur Stadtentwicklung in Europa finden Sie unter:

www.eukn.org
www.eukn.org/germany

Kontakt:

Bernd Breuer
 Referat I 2
 „Stadtentwicklung“
 Tel.: 018 88 – 401 22 68
 Fax: 018 88 – 401 23 56
 E-Mail:
bernd.breuer@bbr.bund.de

Fachbuch „Flächenrecycling in Stadtumbauregionen“

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wie Koalitionsvereinbarung unterstreichen: Einen hohen Stellenwert für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung nimmt die Wiedernutzung von Stadtbrachen ein und trägt zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme bei. Dies gilt für Regionen des Stadtbaus im Besonderen. Stadtbrachen sind Ressourcen für die städtebauliche Erneuerung wie auch den qualitätsvollen Um- und Rückbau – für Raumordnung und Städtebau gleichermaßen Chance wie Herausforderung.

Flächenrecycling ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dies unterstreicht das Fachbuch, an dem erstmals drei Ministerien (BMVBS, BMU, BMBF) und nachgeordnete Behörden (BBR, UBA, PT Jülich) unterschiedlicher Ressorts sowie hochrangige Ländervertreter unter Federführung und Projektleitung des BBR mitgewirkt haben. Auftragnehmer waren C. i. F. Freiberg in Kooperation mit Universitätsstadt und SAXONIA Freiberg, sowie reconsite – TTI Stuttgart.

Ausgangspunkt war ein Workshop, bei dem 170 Vertreter aus Praxis, Forschung und Verwaltung Strategien für das Flächenrecycling in Stadtumbauregionen unter dem Motto „MehrWert für Mensch und Stadt“ vom 20. bis 21.09.2005 in Freiberg/Sachsen diskutierten. Die mit Mitteln des BMBF aus dem Forschungsprogramm „REFINA“ sowie „Aufbau Ost“ des BMVBS/BBR geförderte Dokumentation geht über den Workshop hinaus und legt konkrete Erfahrungen und innovative Strategien von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen, Forschern, Consultants und Projektentwicklern dar.

In sechs Kapiteln mit Synopse und 51 komprimierten Beiträgen werden Aktivitäten von kommunaler bis europäischer Ebene erläutert, praktische Hilfen beim Flächenmanagement aufgezeigt, Innovationen für Zwischennutzung und Renaturierung wie auch zur Altlastenbeseitigung vorgestellt, Finanzierungswege dargelegt und akteurspezifische Handlungsempfehlungen formuliert.



Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5 „Verkehr
und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de
Kostenlose Bestellungen:
gisela.beckmann
@bbr.bund.de

Gute kommunale Beispiele zur Stabilisierung der Wohnnebenkosten – Trinkwasser, Abwasser und Abfall

Werkstatt: Praxis, Heft 39

Steigende Wohnnebenkosten sind immer wieder Anlass zur Diskussion in der Öffentlichkeit. Dies gab bereits 1999 den Anstoß für die Einsetzung einer Expertenkommission „Strategien zur Senkung der Wohnnebenkosten“ durch die Bundesregierung und den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse und Empfehlungen wurde vom BBR im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus ein Forschungsauftrag vergeben, um gute Beispiele in Kommunen zu identifizieren, in denen Wohnnebenkosten durch spezifische Handlungsansätze niedrig gehalten oder gesenkt werden konnten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bereiche Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung. Untersucht wurden beispielhaft zwölf Kommunen, die in den vergangenen Jahren beispielsweise ihre Methodik der Gebührenerhebung oder Beitragsberechnung geändert haben oder die andere Maßnahmen der Kostenreduktion z. B. durch Privatisierung oder Kooperationen durchgeführt haben.

Einbezogen wurden Kommunen in wachsenden und schrumpfenden Regionen in verschiedenen Bundesländern.

Der nun in der Schriftenreihe Werkstatt: Praxis veröffentlichte Bericht beschreibt zunächst als Grundlage für die Bewertung der Beispiele einen Referenzrahmen für eine ökonomisch vorbildliche Gebühren- und Beitragskalkulation. Weiterhin werden die Besonderheiten der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung dargestellt, insbesondere auch die rechtlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen durch Gesetzesauflagen. Eine Auswertung der Best-Practice-Beispiele erfolgte anhand von vor Ort geführten Interviews und der Auswertung von zur Verfügung gestellten Daten. Daraus werden Empfehlungen für die kommunale Praxis in den drei untersuchten Themenbereichen abgeleitet.



Der Bericht kann kostenlos beim BBR (katja.wischnewski@bbr.bund.de, Stichwort „Wohnnebenkosten“) bezogen werden. Eine Pdf-Version steht als Downloadangebot zur Verfügung unter: www.exwost.de

Kontakt:

Barbara Crome
Referat II 12
Tel.: 018 88 – 401 12 20
E-Mail:
barbara.crome
@bbr.bund.de



Freiraumschutz in der Regionalplanung

Werkstatt: Praxis, Heft 40

Einer sehr weiten Begriffsbestimmung folgend, werden zum Freiraum alle natürlichen und naturnahen Räume gezählt, die innerhalb oder außerhalb des besiedelten Bereichs verortet sind. Innerorts gelegene Grünflächen, Parks und Schrebergärten gehören somit ebenso zum Freiraum, wie landwirtschaftliche Nutzflächen, Wälder, Moore, Flüsse und Seen. Freiraum ist somit nicht nur Wildnis und vom Menschen unberührte Natur, zu ihm gehören auch anthropogen überformte Kulturlandschaften. Für den Menschen sowie den Naturhaushalt erfüllt der Freiraum:

- natürliche Funktionen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen, als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen und zum Schutz des Grundwassers und des Klimas.
- Nutzungsfunktionen als Rohstofflagerfläche, Standort für land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Raum für Erholung und Freizeit des Menschen, Standort für sonstige wirtschaftliche Nutzungen, Verkehr und Entsorgung.
- Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte.

Diese unterschiedlichen Freiraumfunktionen werden von konkurrierenden Nutzungen vielerorts bedroht. Der Abbau oberflächennaher Rohstoffe, der Ausbau von Infrastrukturen und die anhaltende bauliche Bodeninanspruchnahme bewirken einen kontinuierlichen Rückgang der Freiraumbestände. Qualitativ wird der verbliebene Freiraumbestand insbesondere durch Intensivierungsbestrebungen der Agrarwirtschaft und in vielen Grenzertragsregionen durch den Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche strukturell geprägt. Die zunehmende Biotopzerschneidung stellt eine weitere Bedrohung der Freiraumbestände dar.

Mit ihren rechtsverbindlichen Ausweisungen versucht die Regionalplanung nicht nur die einzelnen Freiraumfunktionen untereinander zu koordinieren und den Freiraum vor Inanspruchnahme durch konkurrierende Nutzungen zu schützen, sie trägt auch aktiv zur Gestaltung der Kulturlandschaftsentwicklung bei. Die Regionalplanung kann diese vielfältigen Schutz-, Sicherungs- und Entwicklungsaufgaben allerdings nur dann zuverlässig erfüllen, wenn ihre rechtsver-

bindlichen Festlegungen den rechtlichen Anforderungen genügen und die Aussagen adressatengerecht formuliert sind. Mit dem vorliegenden Leitfaden soll die Raumordnungspraxis bei der Bewältigung dieser Herausforderung aktiv unterstützt werden.

Der Leitfaden gibt konkrete Hinweise, wie Festlegungen zum Freiraumbereich in Regionalplänen die Definitionskriterien von Zielen der Raumordnung und Grundsätzen der Raumordnung besser erfüllen können. Im Mittelpunkt stehen dabei die Kriterien des § 3 ROG als zentrale Tatbestandsmerkmale:

- abschließende Abwägung,
- Verbindlichkeit der Planaussage,
- Räumliche Bestimmtheit sowie
- Sachliche Bestimmtheit.

Es werden zahlreiche Anregungen gegeben, wie freiraumbezogene Aussagen in Text und Karte festgelegt werden können, damit sie eindeutig als Ziel der Raumordnung oder als Grundsatz der Raumordnung durch die Adressaten interpretiert werden können. Um die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Festlegungen in Regionalplänen zum Freiraumbereich zu verbessern, werden im Leitfaden Vorschläge unterbreitet, worauf zu achten ist, damit neben dem räumlichen und sachlichen Bezug auch die angesprochenen Adressaten und der gewünschte Handlungsauftrag eindeutig erkennbar sind. Zusätzlich werden konkrete Hinweise für die praktische Gestaltung zeichnerischer Kartendarstellungen gegeben und für Formulierungen der Plansätze Empfehlungen abgeleitet. In Form eines Positivkataloges werden aus verschiedenen Regionalplänen geeignete Beispiele dokumentiert. Darüber hinaus erfolgen Hinweise zur Verbesserung der Lesbarkeit und der Übersichtlichkeit sowie zum Aufbau und zur Gestaltung von Regionalplänen. Zudem liefert der Leitfaden zahlreiche Tipps zur Anwendung von Raumordnungsgebieten nach § 7 Abs. 4 ROG.

Kontakt:

Klaus Einig
 Referat I 1 „Raumentwicklung“
 Tel.: 018 88 – 401 23 03
 Fax: 018 88 – 401 23 56
 E-Mail:
 klaus.einig
 @bbr.bund.de

Der Leitfaden kann kostenlos beim BBR (klaus.einig@bbr.bund.de, Stichwort „Freiraumschutz“) bezogen werden. Eine Pdf-Version des Leitfadens steht als Downloadangebot zur Verfügung unter: www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen

Modellvorhaben „Kostengünstige und qualitätsbewusste Entwicklung von Wohnungsobjekten im Bestand“ gestartet

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat im Jahr 2002 einen neuen Forschungsschwerpunkt zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ eingerichtet. In einer vorbereitenden Phase wurden Modell- und Forschungsvorhaben aus den letzten zehn Jahren im Hinblick auf Strategien, Handlungsansätze und Instrumente zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen ausgewertet. Die Ergebnisse sind in der Reihe „Werkstatt: Praxis“ Heft 1/2004 veröffentlicht.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurden in 2004 Modellvorhaben „Kostengünstiger und qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern in prosperierenden Regionen“ gestartet. In einer weiteren Phase folgen nun Modellvorhaben „Kostengünstige und qualitätsbewusste Entwicklung von Wohnungsobjekten im Bestand“. Die Laufzeit dieser Modellvorhaben ist für die Jahre 2005 bis 2007 vorgesehen.

Vor dem Hintergrund demographischer und ökonomischer Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Wohnungsbestandes für eine zukunftsfähige Wohnraumversorgung zu. Damit Bestandsimmobilien diese Versorgungsfunktion tatsächlich erfüllen können, müssen sie langfristig der geänderten Nachfrage entsprechen. Bisher sind Ein- und Zweifamilienhäuser weitgehend von Verwertungsproblemen verschont geblieben. In schrumpfenden oder stagnierenden Regionen kann davon künftig nicht mehr ohne weiteres ausgegangen werden. Verwertungsprobleme treten vermehrt bei älteren und größeren Bestandsobjekten (6 bis 12 WE) in innerstädtischen Lagen auf, worauf Einzeleigentümer im Unterschied zu größeren professionell geleiteten Wohnungsanbietern bisher eher zögerlich und abwartend reagieren. Mehr und mehr Kommunen versuchen daher, diese Akteursgruppe in ihre Erneuerungsstrategien einzubinden.

In den Mittelpunkt der Modellvorhaben wurde die Bestandsentwicklung von Ein- und Zweifamilienhäusern, kleineren Mietobjekten (bis ca. zwölf Wohneinheiten) sowie Eigentumswohnungen, die sich nicht im Eigentum von Wohnungsgesellschaften

befinden, gerückt. Diese Marktsegmente machen den überwiegenden Teil aller Wohnungseinheiten aus. Bei den Eigentümern (selbstnutzende Alteigentümer, Erben, Erwerber, Vermieter oder Eigentümergemeinschaften) handelt es sich um Privatpersonen mit geringem Professionalisierungsgrad, bei denen angenommen wird, dass ihr Wissen über die Entwicklung der Wohnungsmärkte sowie über die Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit von Bestandsmaßnahmen nur wenig ausgeprägt ist. Vor diesem Hintergrund werden in dem neuen Forschungsfeld Strategien zur Motivierung und Aktivierung der Eigentümer sowie Hilfestellungen für Entscheidungsprozesse über Art und Weise der Weiterentwicklung der Wohnimmobilien erprobt und untersucht.

Inzwischen wurden sechs Modellvorhaben ausgewählt:

- Entwicklung des Reihenhausbestandes der Nachkriegszeit am Beispiel der Siedlung „Hörnle“, Stadt Marbach am Neckar
- Zukunftsfähige Entwicklung des Blumenviertels, Stadt Gießen
- Alter Bestand – Neue Perspektiven, Innovatives Wohnen und Arbeiten in Neugablonz, Stadt Kaufbeuren
- WohnWertHaus – Initiative Modernisieren in Lauffen am Neckar, Stadt Lauffen am Neckar
- Entwicklungspfade für leerstehenden Wohnraum, Stadt Romrod
- StadtWohnen Chemnitz, Arbeitskreis Integriertes Wohnen e.V.

Das neue Forschungsfeld und die Modellvorhaben wurden in einer Auftaktveranstaltung am 25.04.2006 in Marbach am Neckar der Fachöffentlichkeit vorgestellt.



Weitere Informationen zum Forschungsfeld erhalten Sie im Internet unter:

www.bbr.bund.de/exwost/forschungsfelder/034_start.html. Dort können Sie auch die ExWoSt-Informationen herunterladen.

Kontakt:

Karin Lorenz-Hennig
Referat II 13 „Wohnungswirtschaft, Kostensenkung, Förderung der Bauforschung“
Tel.: 018 88 – 401 15 27
Fax: 018 88 – 401 15 19
E-Mail:
Karin.Lorenz-Hennig@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag
Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 1888-401-0
Telefax: 0 1888-401-2266
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich
Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung
Gabriele Bockshecker

Druck
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 2/2006 – April

ISSN 1434 – 9590



Gender Mainstreaming
im Städtebau



ExWoSt

Gender Mainstreaming im Städtebau

Abschlussveranstaltung von BBR, BMVBS und Deutschem Städtetag am 23. Mai 2006 in Köln

Das Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ist zu Ende. Angetreten waren wir mit dem Ziel, einen Beitrag zur Verankerung von Gender Mainstreaming in der städtebaulichen Praxis zu liefern. Denn auch für den Städtebau gilt: Wie können die unterschiedlichen Lebenssituationen sowie Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt werden?

Ein erstes kursorisches Fazit: Gender Mainstreaming führt zur einer inhaltlichen und prozessualen Qualifizierung von Planungsprozessen. Die Erfassung der Bedürfnisse der NutzerInnen, gezielte Bedarfsanalysen, ein genaues Nachschauen und Nachfragen und transparentere Interessenabwägung erhöhen die Passgenauigkeit und damit den effektiveren Mitteleinsatz in der räumlichen Planung. Gute Planung wird zu einer noch besseren Planung.

Wir wollen die Ergebnisse dieses Modellvorhabens – zusammen mit den Erfahrungen aus anderen Städten – auf einer Abschlussveranstaltung präsentieren. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Chancen dieser neuen Strategie „Gender Mainstreaming“ für den Städtebau offen und kritisch diskutieren. Dazu möchten wir sowohl diejenigen, die sich schon immer gefragt haben, was es mit dem sperrigen Begriff auf sich hat, als auch die aktiven Expertinnen und Experten des Themas herzlich einladen!

Vorträge

- Gender Mainstreaming im Städtebau: Aktivitäten der Bundesregierung
- Zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Kommunen
- Qualitätserwartungen und -sicherung durch Gender Mainstreaming. Kommentar aus der kommunalen Praxis
- Bringt Gender Mainstreaming wirklich eine bessere Planung? Kommentar aus der Wissenschaft

Arbeitsgruppen – Erfahrungen aus der Praxis

- Gender Perspektiven im Stadtumbau
- Gebrauchswert und Nutzungsfreundlichkeit – Gender-Kriterien für öffentliche Räume
- Gender-Praxis in den Kommunen – Eine kontinuierliche Umsetzung benötigt klare Ziele

Abschlussdiskussion

Neue Mode, alte Hüte oder zukunftsweisender Stilwechsel? Perspektiven von Gender Mainstreaming im Städtebau

Anmeldung, Anfragen,
Informationen:

Deutsches Institut für
Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Dr. Stephanie Bock
Tel.: 030 – 39 001 189
E-Mail: bock@difu.de

Susanna Mayer
(Sekretariat)
Tel.: 030 – 39 001 237
Fax: 030 – 39 001 269
E-Mail: mayer@difu.de

Weitere Informationen unter:
[www.bbr.bund.de/veranstaltungen/
veranstaltungen.htm](http://www.bbr.bund.de/veranstaltungen/veranstaltungen.htm)